



Hamburgischer Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 45

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 6246.

Hamburg, den 9. November 1918

Abzügen kosten die beigefügten Non-
pareilleste oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

Kollegen! Zur Stärkung unseres Verbandes, zur Gewinnung neuer Mitglieder muß jeder Kollege allezeit seine volle Pflicht erfüllen!

Stärkt die Gewerkschaften!

Die Kriegslage ist zurzeit ganz besonders kritisch. Ueberhaupt war das Kriegsglück während des nun schon weit über 51 Monate dauernden Völkerringens an den vielen Fronten des Weltkriegschauplatzes sehr wechselvoll. Die launische Kriegsgöttin gab bisher keiner Partei dauernd mit vollen Händen, vielmehr übertrug sie vielfach ihre Gunst dem noch lebenden von ihr Verlassenen, und nur wenige Nationen haben bisher den großen Kampf gänzlich aufgegeben, weil ihnen das Kriegsglück dauernd versagt blieb.

Eines aber blieb während dieses Krieges stabil und hat sich hauptsächlich im Laufe dieses Jahres in glänziger Weise gebessert: die Gewerkschaftsfront. Gewiß, auch hier sah es, wie unsern Kollegen wohlbekannt ist, nach Ausbruch des Weltkrieges vielfach sehr trübe aus. Die zahlreichen Einberufungen zum Heeresdienst und so manche Fahnenflucht schwächten unsere Gewerkschaften in erheblicher Weise. Dann aber trat ein festerer Beharrungszustand ein, die Gewerkschaften hatten sich der durch die Kriegslage gebotenen neuen Taktik angepaßt. Und dann wurde die Gewerkschaftsfront fester und fester. Immer mehr neue Kämpfer sind in die durch den Weltkrieg gerissenen Lücken getreten und stehen heute mit den Alten in Reih und Glied. Gewiß, für unsere Organisation kommt nur eine geringe Zahl in Betracht, aber manche Verbände haben sogar ihre Mitgliederzahlen von vor dem Weltkriege überschritten.

Jetzt nun ist draußen an den Schlachtfeldern eine kritische Zeit angebrochen. Es steht beinahe so aus, als ob sich der Krieg einem gewaltsamen Ende ohne Verhängnis zuneigt. Dazu kommen die großen Entbehrungen des fünften Kriegswinters, die sich noch ganz besonders fühlbar bemerkbar machen werden. Fürwahr, eine kritische Zeit! Die Hoffnung aller rechtlich denkenden Menschen auf einen Verständigungsfrieden scheint zu verdorren. Trotzdem bleibt die Wirsenschaftswahrheit bestehen, daß nur der aufbauende Frieden das Natürliche, das Bleibende darstellen kann, und daß der Krieg, weil wibernatürlich, vergänglich ist. Und trotz aller Not und Entbehrung richten wir immer wieder den Blick auf die Zukunft, und immer mehr drängt sich jedem Arbeiter die Ueberzeugung auf, daß es gilt, uns unter allen Umständen das lebenskräftig zu erhalten, was wir in aller Zukunft zum proletarischen Leben brauchen: die Gewerkschaften. Und seien die Zeiten noch so trübe und trostlos: Wir brauchen unsere Gewerkschaften jetzt; wir brauchen sie später mehr denn je! Deshalb gilt es, unsere Gewerkschaftsfront trotz alledem und alledem fest und gesichert zu erhalten. Damit treten wir nicht nur für die Gegenwart ein; wir sorgen vor allem damit für die Zukunft. Jeder überzeugte Gewerkschafter weiß ganz genau, daß die Gewerkschaftskraft und -einigkeit jederzeit ein unentbehrliches Hilfsmittel im Daseinskampfe darstellt. Wirtschaftsmacht und Einigkeit hat das Proletariat heute nötig, um sich mit Hilfe der Gewerkschaftstätigkeit das durch den Weltkrieg maßlos erschwerete Los zu erleichtern. Es hat das gleiche später nötig, um seine Lage nicht herabdrücken zu lassen und dann nach erfolgter wirtschaftlicher Umschaltung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft als wirtschaftlicher Hort des Proletariats in allgewohnter Weise zu wirken und zu kämpfen, das Proletariatlos zu mildern, zu bessern, bahnbrechend voranzugehen auf dem Wege zu höherer Kultur, zu besserer Lebensfreude.

Das weiß die Arbeiterschaft. Wenn auch in den ersten Stadien dieses Weltkrieges ihre wirtschaftliche Front so manche Lücke aufwies, so haben ihr heute die Nöte des Weltkrieges die Notwendigkeit der Gewerkschaftstätigkeit in Herz und Hirn gehämmert und damit die Gewerkschaftsfront gestärkt zur Gegenwart und Zukunftarbeit!

Diese Tatsache ragt als ein leuchtender Trost in das Dunkel der heutigen trostlosen Zeit. Von ganzem Herzen erfreute es uns, als wir erfuhren, daß es nach anfänglichem Stillstand wieder vorwärts geht mit unsern Gewerkschaften, als uns die Berichte der Gewerkschaftsleitungen Kunde gaben vom Fortschritt im Mitgliederstand und damit innig zusammenhängend vom Fortschritt in der Verbesserung der proletarischen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Welches ist ja so innig miteinander verwachsen; denn erst die Kraft verleiht den Erfolg, und die wachsende Kraft der Gewerkschaft ist identisch mit dem Wachstum ihrer Mitgliederzahl. Soll aber nun die Not der schweren Zeit Ursache bieten, nur bei dem bisher Erreichten zu verharren und eine weitere Stärkung dieser Fronten ruhen zu lassen?

Das wäre falsch, ja, es wäre verhängnisvoll für die Arbeiterklasse. Vorwärts und aufwärts muß das Lösungswort für die Gewerkschaftsbewegung in allererster Linie zu allen Zeiten sein. Wir dürfen nicht rasten! Wenn auch unsere Gewerkschaftsfront gefestigt ist, so ist sie dennoch nicht unüberwindlich. Auch der wirtschaftliche Gegner rüstet und nie dürfen wir dessen Kraft unterschätzen. Das würde sich genau so bitter rächen, wie die oftmals falsche Einschätzung der gegnerischen Kräfte und Hilfsmittel in diesem Weltkriege. Dies hat den um Sieg ringenden Parteien schon so manche Enttäuschung bereitet. Vermeiden wir diesen Fehler! Sehen wir den wirtschaftlichen Gegner als mindestens so stark an, wie er es in Wirklichkeit ist. Unterschätzen wir seine großen Hilfsmittel nicht. Dann sind für vor Ueberumpelung sicher und keinerlei Enttäuschung wird unsere Gewerkschaftsfront erschüttern.

Was ist die Nutzenanwendung aus dieser Erkenntnis? Daß wir unsere Gewerkschaftsfront stets und damit auch heute zu stärken bemüht sein müssen. Daß wir (und seien die Zeiten noch so trübe) der Kämpfer immer mehr werden müssen, um dadurch unsere Front für die Zukunft dichter und dichter, widerstandsfähiger und weitefester zu gestalten! Hier darf es weder Stillstand noch Rückschlag geben! Noch fehlen in unsern Reihen Bataillone von Kämpfern. Sie für unsere Sache zu gewinnen, sie in Reih und Glied zu stellen zur Stärkung und Festigung unserer Gewerkschaftsfront, das sei unsere Aufgabe für und für, heute mehr denn je; denn wir wissen noch nicht, welches Geschick unserer in der Zukunft Schoße harret. . .

Eins aber wissen wir: Daß uns jeder Frieden, sei er so oder so, vor gewerkschaftliche Aufgaben manniagschwerer und wichtigster Art stellen wird. Da wird es dann gelten, die Not der Arbeitslosen zu dämpfen, die Arbeitsvermittlung in kluger und umsichtiger Weise zu beeinflussen, Lohnabzügen zu wehren und dann die Gewerkschaftsfront zu führen in die Bahn weiterer wirtschaftlicher Erfolge, um dem Arbeitsvolf nach Jahren schwerster Entbehrung besseres Wohlergehen, höhere Kultur und echte Menschenwürde zu erstreiten!

Darum werbt für die Organisation jetzt und immerdar! Und seien die Zeiten noch so schwer: Ueber allen Nöten dieser schweren Zeit siehe nie vergessen und immer gleich wichtig die Pflicht jedes einzelnen Arbeiters, die Gewerkschaftsfront zu stärken und sie vorzubereiten zu dem großen Befreiungswerke der Zukunft, die uns Besseres bescheren soll als die trostlose Gegenwart! Dies bleibe immer und immer unvergessen. Jeder sei dessen bewußt, daß auch im Gewerkschaftsleben ohne Kampf kein Erfolg möglich ist und daß auch hier die Größe des Erfolges abhängig ist von unserer Größe, unserer Stärke und unserm Einheitswillen! Darum stärkt die Gewerkschaftsfront! Nicht nur numerisch, sondern strebt auch vor allem danach, dem Ganzen Inhalt und Seele zu geben! Stärkt unsere Zahl, aber lehrt unsern Mitgliedern

auch die edlen Pflichten der Solidarität und Gewerkschaftstreue! Hämmert ihnen in Herz und Sinn die ideale Auffassung von unserer Bewegung, daß einer für alle und alle für einen einstehen müssen in jeder Not und Gefahr und daß es die Einigkeit ist, die uns den Erfolg verbürgt, und daß wir alle diese guten Eigenschaften hüten müssen gleich einem heiligen Vermächtnis, das uns die feste Gewähr des unbedingten Erfolges bietet!

Dies alles ist nötig zur Stärkung unserer Gewerkschaftsfront nach innen und außen. Hier erfüllt jeder ohne Zaudern auch in schwerster Zeit seine Pflicht! Dann wird der Erfolg nicht auf sich warten lassen und wir haben die Bürgschaft, daß wir trotz alledem aus Not, Tod und Glend wieder zu neuem Leben und wahren Menschenglück gelangen werden!

Verhandlungen über eine weitere Teuerungszulage.

Zu unsern Mitteilungen in Nr. 39 und 42 des „Verbands-Anzeiger“ über die von uns beantragte weitere Lohnzulage können wir nunmehr berichten, daß am 9. dieses Monats darüber im Reichsarbeitsamt zwischen den beteiligten Arbeitgeber- und Gehilfenorganisationen unseres Gewerbes Verhandlungen stattfinden. Im Anschluß hieran wird dann unser Verbandsbeirat zusammenzutreten, um zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen und über andere wichtige Fragen zu beraten.

Warum müssen die Löhne steigen?

Die bisher im Malergewerbe vereinbarten Teuerungszulagen — sie betragen zusammen insgesamt nur 38,14 % die Stunde — bieten nur zu einem geringen Teil einen Ausgleich der eingetretenen Verteuerung. Das immer dringendere Verlangen unserer Kollegenchaft nach einer weiteren Erhöhung ist darum wohl begreiflich und im vollsten Maße berechtigt. Die fortbauende Steigerung aller zur Lebenshaltung nötigen Bedarfsartikel zwingt die Arbeiterschaft, auch ihre Ware Arbeitskraft höher zu bewerten, um so einen gerechteren Ausgleich des Haushaltsbudgets zu erzielen. Leider stößt dieser Wille auf unzählige Widerstände. Die Unternehmer erkennen wohl die Notlage ihrer Arbeiter und Angestellten an, erklären sich aber außerstande, eine der Geldwertung entsprechende Lohnerhöhung zu gewähren. Die Arbeiterschaft hat trotz erfolgreich beendeter Bewegungen zwecks Erhöhung der Teuerungszulagen schwer durch den Umstand zu leiden, daß die Vorbereitungen zu den Verhandlungen oft wochen-, ja monatelang dauern, wodurch die gestellten Anträge meist überholt sind und schon beim Inkrafttreten der neuen Bestimmungen sich als unzulänglich erweisen. Die Folgen sind neue Bewegungen und eine immer größer werdende Spannung zwischen Lohnneinkommen und Lebenshaltungsausgaben, was zu körperlicher Entkräftung und Verelendung führt.

Die Regierung hatte mit Festsetzung von Höchstpreisen wohl die beste Absicht, diesen unglückseligen Begleiterscheinungen des Krieges entgegenzuwirken, aber sie zeigte nicht die Macht, ihren Willen durchzusetzen. Ja die Flut von Verordnungen schärfte das Raffinement der Bucherer, Schieber und Schleichhändler. Neben den amtlichen Höchstpreisen, für die nur Waren mit Apothekergewichten gewogen erhältlich sind, existieren marktgängige Schleichhandelspreise für Butter, Eier, Speck, Käse, Zucker, Mehl, Fleisch, Kartoffeln, überhaupt für alle Artikel, die zur Ernährung unumgänglich notwendig sind. Von Warenmangel ist da nichts zu merken, nur muß oft das Hehnsache des Friedenspreises dafür bezahlt werden. Zu solchen Ausgaben steht aber das Einkommen der Arbeiter in gar keinem Verhältnis. Sollte das auch nur annähernd der Fall sein, so müßte der Wochenlohn mindestens sechsmal so hoch sein wie in den Zeiten vor dem Kriege. Soweit Arbeiter in Frage kommen, dürfte das wohl nur in den seltensten Ausnahmefällen zutreffen, für unsere gesamte Kollegenchaft kann das überhaupt nicht in Frage kommen, wogegen die Teuerung alle trifft und die am schwersten, die am wenigsten verdienen.

Welchen Umfang die Verteuerung der Lebenshaltung angenommen hat, beweist eine kürzlich im "Grundstein" veröffentlichte Uebersicht aus München über die Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände von Mitte 1914 bis Juni 1918, wobei zu bemerken ist, daß diese Preise bis Oktober dieses Jahres wieder weit überholt sind.

Table with 3 columns: Item, Price in 1914, Price in 1918. Items include flour, wheat, oil, sugar, butter, margarine, coffee, etc.

Dazu wird bemerkt, daß die für Lebensmittel angeführten Preise die Mindestpreise sind. Wenn wäre es aber heute wohl noch möglich, allein von dem zu leben, was zu den Mindestpreisen zu erhalten ist; nicht einmal von dem, was zu den amtlichen Höchstpreisen zu haben ist.

Table listing clothing items like work jacket, work trousers, work vest, etc., with prices for 1914 and 1918.

Die Preissteigerung beträgt demnach 651 pSt. Wir könnten Seiten füllen mit derartigen Uebersichten, lassen es aber mit vorliegendem bescheiden.

Aus unserem Beruf.

Die achttündige Arbeitszeit im Winterhalbjahr 1918/19. Unsere Filiale Dresden, der Arbeitgeberverband für das Maler-, Lackier- und Anstreicherhandwerk...

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Dresden. Am 24. Oktober wurde unsere ordentliche Quartalsversammlung abgehalten, in welcher der Verbandsvorsitzende, Kollege Streine, über die Organisation im Kampfe für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse...

Regierungorgane von der nachbringenden Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Darauf ist es dann möglich gewesen, die Vorschläge und Anträge unserer Organisationen über die Organisation der Lebensmittelverteilung, Lebensmittelpreise, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenunterstützung, Erhöhung der Wehrunterstützung und Familienbeihilfen durch energisches Drängen größtenteils durchzusetzen.

Das Malergewerbe und der Winter.

So ein Zusatz von Trockenstoffen nicht möglich ist, wie bei Lacken, da ist auch der Einfluß der Temperatur nicht zu bedeutend. Fette Lade, zum Beispiel Wagenlacke, brauchen im Sommer wie im Winter mehrere, oft 4 bis 5 Tage zu ihrer völligen Erhärtung...

barkeit und große Widerstandsfähigkeit der bekanntlich sehr langsam trocknenden Standöl-Glanzfarbenanstriche beruht auf der gleichen Eigenschaft; denn Standöl ist ja nichts anderes als reines, nur eingedicktes Leinöl.

Das alles mag man nun einer Rundschau klar und eindringlich auseinandersetzen - in den meisten Fällen wird die Entscheidung über eine zu machende Arbeit dennoch berneinend ausfallen. Man kann die Gründe des Malers nicht widerlegen, glaubt ihm wohl auch, aber - man wartet dennoch lieber "bis es warm wird".

stalt. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, die Worte des Referenten zu beherzigen, worauf die gut verlaufene Versammlung geschlossen wurde.

G. A. Leipzig. In der am 30. Oktober stattgefundenen, verhältnismäßig gut besuchten Mitgliederversammlung machte der Vorsitzende zunächst Mitteilung vom Ableben der Mitglieder Langhoff und Näther im Felde und des Kollegen Oswald Müller in der Heimat. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in entsprechender Weise. Hierauf gab der Kassierer den Rechenschaftsbericht vom dritten Quartal. Mit dem vorhandenen Kassenbestand von M. 2699,88 bezieht sich die Gesamteinnahme auf M. 5119,36, die Ausgabe, worunter sich M. 666 für Kranken- und M. 120 für Sterbeunterstützung befinden, beträgt M. 2080,88, Vortrag für das nächste Vierteljahr M. 2088,48. Der Zugang an Mitgliedsbeiträgen beträgt 12, der Abgang 10, bleibt Bestand 106. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter Punkt 2 brachte der Vorsitzende zur Kenntnis, daß laut offizieller Mitteilung des Herrn Obermeisters Schumann die Innung mit dem Plan umgeht, gemeinsam mit unserer Organisation einen paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten, und zwar in An- gliederung an den städtischen Bezirksleiter Vogt, Gotha, unter- zög die Frage des Arbeitsnachweises im allgemeinen und unseres Gewerbes im besonderen einer eingehenden Be- trachtung, indem er schließlich unsern Standpunkt hierzu be- kanntgab, der in dem Punkt 8 der Richtlinien für die Ge- meinschaftsarbeit mit dem Arbeitgeberverband enthalten ist. Unter Berücksichtigung und Einhaltung der dort festgelegten Grundsätze ist die Besammlung einverstanden, der Errichtung des Nachweises näherzutreten, und brachte dies in einer ent- sprechenden Resolution zum Ausdruck. Gleichzeitig beauftragte sie Bezirksleitung und Filialverwaltung, die ersten Schritte dazu einzuleiten. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit den jetzigen unerträglichen Teuerungszuständen, namentlich mit den besagten unerträglichen Teuerungszustän- nissen und bedauerte einmütig, daß hinsichtlich der neuen Teuerungszulage noch kein positives Resultat erzielt ist. Man habe mit einer Zulage ab 1. Oktober mindestens gerechnet. Mehrere einschichtige Arbeit- geber haben in Erwartung der kommenden Zulage jetzt schon Lohnerhöhungen eintreten lassen, berufen sich aber bei weiter- gehenden Forderungen darauf, daß noch keine neuen Ver- einbarungen der beiderseitigen Organisationen vorliegen. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Verbands- vorstand ersucht, mit allem Nachdruck auf alsbaldige Verhandlungen zu bestehen, damit durch eine sofortige Aufbesserung der Einkommen wenigstens die größte Not gemildert wird.

Baugewerbliches.

Ausstellung „Sparame Baustoffe“ in Berlin. Die vom Reichsverband zur Förderung sparamer Baustoffe in Berlin in den Ausstellungshallen am Zoo veranstaltete Aus- stellung „Sparame Baustoffe“ wird am 16. November dieses Jahres eröffnet und wird bis zum 22. Dezember offen- gehalten. Mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer beschleunig- ten wirtschaftlichen Umstellung, die es verbietet, der herr- schenden und im entscheidenden Augenblick erheblich wachsenden Wohnungsnot auf dem Wege der langfristig vorzubereitenden Siedlung zu begegnen, ist der Ausstellung eine besondere Abteilung hinzugefügt, welche Bauten primitivster Herstel- lungsweise vorführt, die der Siedler unter Mithilfe seiner Nachbarn oder anderer ungelerner Arbeiter selbst errichten kann. Diesen Bauten sind die behelfsmäßigen Konstruktions- weisen, wie sie an der Front und im Stappengebiet jedem Selbstbauern vertraut geworden sind, zugrunde gelegt. Ins- besondere sollen Baustoffe, wie Erde, Schlacken, Lehm, Rund- holz, Schilf usw., die in unmittelbarer Nähe der Baustelle gefunden oder gewonnen werden, weitestgehende Ausnutzung erfahren. So hat sich zum Beispiel in einigen Gegenden Frankreichs der Straßenschlamm in halbtrockenem und gestampftem Zustand als vorzügliches Baumittel erwiesen. Ebenso wird gezeigt werden, wie an der Front freiverdende Bestände an Baustoffen zweckmäßige Verwendung im Schnell- bau finden. So sollen die Erfahrungen des Krieges nutzbar gemacht werden.

Je des Mittel, bemerkt hierzu zutreffend die „Baumwelt“, daß zur Beschaffung von Wohnungen helfen kann, ist will- kommen zu heißen gegenüber der Not des Volkes; aber zu hoffen ist, daß wir von solchen Behelfsbauten nur in geringstem Ausmaß Gebrauch zu machen, nötig haben werden. Diese Behelfsbauten erinnern zu sehr an die Unterkünste, in denen England die von ihm unterworfenen Iren zu hausen zwingt.

Außerordentliche Maßregeln gegen die Wohnungs- not. Unter dem Druck der außerordentlichen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt wird augenblicklich zu Maßregeln geschritten, an die man noch vor einem Jahre kaum gedacht hätte. In Bayern hat König Ludwig geordnet, daß die Gebäude der Zivilisten, also vor allem die königlichen Schlösser, in München sowohl wie außerhalb, in möglichst ausgedehntem Maße zur Behebung der Wohnungsnot herangezogen werden. Eine Kommission soll die Gebäude besichtigen, und dem König sollen daraus die erforderlichen Vorschläge unterbreitet werden. Ebenso hat der König von Württemberg das zweite Geschloß des Stuttgarter Residenzschlosses zur Verfügung gestellt, um dort militärische Dienststellen unterzubringen, die bisher frühere Privatwohnungen benutzten, die nunmehr ihrem eigent- lichen Zwecke wiedergegeben werden sollen. Ferner wird in München durch das Ministerium des Innern und die andern Ministerien eine strenge Prüfung der Amtsgebäude der ge- samten Behörden eingeleitet, ob auch alle irgendwo verfügbaren Amtsräume ausgenutzt sind und nicht da oder dort noch Amtsstellen in ihnen untergebracht werden können, die bisher in Privatwohnungen hausen. Auch in Stuttgart werden bisher militärisch belegte private und öffentliche Gebäude nach Möglichkeit jetzt für Wohnungszwecke freigegeben.

Gewerkschaftliches.

Neue Wege im Bergbau. Alles ist in Fluss! Selbst der Herr-im-Hause-Standpunkt läßt sich da in alter Klein- kultur nicht mehr halten. Seine unersöhnlichsten Verfechter haben nun, wie die „Bergarbeiterzeitung“ berichtet, am 18. Oktober dieses Jahres in Essen mit den Vertretern der vier gewerkschaftlichen Verbände der Bergarbeiter über Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt und ausdrücklich die Arbeiterorganisationen anerkannt. Um die Bedeutung dieser Tatsache würdigen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Werksbesitzer den Arbeiterorganisationen bisher grundätzlich die Anerkennung verweigert, die sie für ihre eigenen Organisationen als selbstverständlich beanspruchten. Ebenso verlagten sie den Arbeitern das Mit- bestimmungsrecht auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeits- bedingungen. Nicht die Rechtsfrage, sondern lediglich die Zweckmäßigkeitfrage war dabei entscheidend. So etwa, wie entschieden wird, ob es zweckmäßig ist, einem Arbeiter etwas zu geben oder nicht. Die Werksbesitzer ließen folglich nur ihre Macht als Recht gelten. Das kann nicht überraschen. Niemand kann über seinen Schatten springen. Das Herr- tum im Hause, das für sich Rechte beansprucht, die es den Arbeitern verweigert, kann nicht natürliches Rechtsbewußtsein haben und folglich auch nicht den Willen, fremde In- teressen zu verstehen und zu achten. Der Grundge- danke des natürlichen Rechts: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu“, ist ihm fremd. Nun ist endlich der erste Schritt getan, um zu erträg- lichen Verhältnissen im Bergbau zu kommen. Dem Zwang gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, haben die Werksbesitzer im Ruhrbergbau die Bergarbeiterverbände ausdrücklich aner- kannt und mit ihnen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt. Die Werksbesitzer im Ruhrbergbau bildeten bisher das stärkste Hindernis für eine Verständigung. Das ist sogar von Werksbesitzern anderer Bergbezirke wiederholt ausge- sprochen worden. Um so mehr darf man jetzt erwarten, daß das Beispiel der Werksbesitzer im Ruhrbergbau allgemeine Nachahmung findet. Je schneller das geschieht, um so besser ist es. Dabei darf es aber nicht bleiben. Auf den Werken selbst müssen der Verständigung liberal neue Wege geebnet werden. Ein neuer Geist muß einkehren, der in den Arbeitern nicht Untergebene, sondern gleichberechtigte Vertragskontra- henten sieht. Die alte Gewaltthätlichkeit muß verschwinden.

Das ist allerdings schneller gesagt als getan; denn große Schwierigkeiten sind noch zu überwinden, wobei es natürlich ohne Neigungen und Störungen nicht abgeht. Aller all- Pindernisse, Schwierigkeiten und Widerstände lassen sich um so leichter überwinden, je reiflicher sich die Arbeiter ihren Organi- sationen anschließen und mitarbeiten.

Eine Lohnbewegung bei Daimler in Untertürkheim beendet. Die sorgfältige Verteuerung der Lebenshaltung veranlaßte die Arbeiterschaft der D.M.G. eine weitere Er- höhung der Verdienste zu beantragen. Dazu wurden Forderungen zur Erhöhung der Akkordpreise, der Stunden- löhne, der Zuschläge für Nachtschicht und die Ueberzeitarbeit der Akkordarbeiter, Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf 8 Stunden eingereicht. Ueber die beantragte Verdienst- erhöhung wurde das württembergische Kriegsministerium an- gerufen, das letzte Woche unter Hinzuziehung der Organisa- tionsvertreter Verhandlungen anbahnte. In diesen Verhand- lungen wurde folgendes entschieden:

Das Kriegsministerium hält nachstehende Teuerungszu- lage für den Zeitraum vom 1. Oktober 1918 bis 30. April 1919 für angemessen: 1. für verheiratete männliche und weibliche Arbeiter, soweit sie Haushaltungsvorstände sind, M. 450; 2. für unverheiratete männliche Arbeiter über 21 Jahre und weibliche Arbeiter über 24 Jahre M. 300; 3. für männ- liche Arbeiter nach vollendetem 17. und bis zum erreichten 21. Jahre und weibliche Arbeiter nach vollendetem 17. und bis zu erreichtem 24. Jahre M. 200; 4. für männliche und weibliche Arbeiter bis zur Erreichung des 17. Jahres M. 100; 5. für jedes zu unterhaltende Kind M. 20.

Firma und Arbeiterausschuß verständigten sich in den übrigen Punkten und vereinbarten, daß 60 pBl. der ein- maligen Teuerungszulage am 20. November, der Rest Anfang nächsten Jahres zur Auszahlung gelangen. Eine Sitzung aller Arbeiterausschußvertreter und der Funktionäre der Organisationen stimmte dem Ergebnis der Verhandlungen zu und sprach die Erwartung aus, daß dieser Erfolg auch den Rest der unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen ver- anlassen möge, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. In den Untertürkheimer Werken sind zurzeit über 18000 Beschäftigte, darunter etwa 8000 Arbeiterinnen.

100 Prozent Teuerungszulage in der Herren- konfektion. Der Verband der Schneider hallte an den Vor- stand des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Knaben- konfektion den Antrag gestellt, in Anbetracht der immer schwierigeren Verhältnisse die bisher gewährte Teuerungszu- lage auf mindestens 100 pBl. zu erhöhen und den Arbeitern die Nähzutaten unentgeltlich zu liefern. Die aus- Anlaß zu der Forderung gesührten Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß eine Teuerungszulage von ins- gesamt 100 pBl. für alle Sachen, die vom 15. Oktober an in Arbeit gegeben werden, gewährt wird. Der Syndikus des Unternehmerverbandes bemerkte aber dazu, daß bei später stattfindenden Tarifberatungen der Arbeitgeberverband an dieses Zugeständnis nicht gebunden sein wolle und diese außer- gewöhnliche Kriegszulage nicht als Grundlage zu den Tarif- beratungen zu betrachten sei. Die Nähzutatenfrage soll in der Zukunft so gelöst werden, daß der Arbeiter den reinen Arbeitslohn bekommt und nicht mit Ausgaben für Nähmate- rialien belastet wird. Dies lasse sich jedoch nicht sofort durch- führen. Die Unternehmer werden deshalb verpflichtet, nach wie vor den Arbeitern das Garn zu dem von der Reichs- stelleung der Löhne festgesetzten Preise zu liefern. Ueber die Fest- setzung der Löhne für gewerbliche Sachen soll im Bedarfsfalle zunächst örtlich verhandelt werden; kann keine Einigung erzielt werden, so sind die Streitpunkte den Hauptvorständen zur weiteren Behandlung zu überweisen, die Anträge auf Erhöhung der Löhne für die Reichszulage sind an die Reichs- stelleung zu richten.

Sozialpolitisches.

Zinscheine als Zahlungsmittel. Durch Beschluß des Bundesrats vom 22. Oktober dieses Jahres sind die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinscheine der fünf-

Schnee, und siehe — es klappt auch alles. Es fehlt also nur am guten Willen der Auftraggeber! Ebenso ließe es sich in den meisten öffentlichen Gebäuden einrichten, in Schulen und Verwaltungsämtern, Gerichtsgebäuden und dergleichen. Alle solchen Häuser haben gute Heizvorrichtungen, die in den letzten 30 Jahren entstandenen sind durch- weg mit Zentralheizungen versehen; das Trocknen ist hier also kaum nennenswert gehindert und ebensowenig die Tätigkeit der Scheuerfrauen.

In den meisten dieser städtischen und staatlichen Ge- bäude werden alle Jahre größere und kleinere Ausbesser- ungen sowie Erneuerungsarbeiten ausgeführt, die Schul- räume, Treppenhäuser und Gänge, Sitzungssäle, Kegelzeln usw. gemalt, getüncht oder tapeziert, Türen und Fenster gestrichen, auch wohl Linoleum gelegt oder Lintrusta ge- legt, Böden gestrichen, gollt oder lackiert und gewachst usw., und alle diese Arbeiten sollen hergebrachterweise jetzt in der kurzen Zeit der Schul- und Gerichtsferien, von Mitte Juli bis Mitte September, fertig werden. Dadurch schiebt sich die Arbeit für den Maler, der doch auch seine sonstigen Kundenchaften nicht vernachlässigen kann, gewaltig zusammen. Bei anderer Einteilung, das heißt wenn die Ar- beiten nicht alle gleichzeitig gemacht werden müßten, sondern auf längere Zeit und auch nach Möglichkeit mit auf den Winter verteilt würden, könnte der Maler sich Zeit lassen, könnte die Arbeit besser ausgeführt und besser beaufsichtigt werden und, vor allem, der Maler brauchte auch seine guten, eingearbeiteten Gehilfen nicht zu entlassen. Diese, die sich infolge der stets wiederkehrenden Winternot leicht dem Ge- werbe entziehen und sich andern Berufen mit bestän- digeren Verhältnissen zuwenden, bleiben dadurch dem Ge- werbe erhalten.

Daß die Verlegung aller oder doch der meisten dieser Arbeiten auf die Wintermonate möglich wäre, ist nicht zu bezweifeln. Technische Hindernisse sind nicht vorhanden und andere auch kaum, man müßte denn das Singen der Be- amten, Lehrer usw. c. der hergebrachten Sitte und an ihrer Bequemlichkeit denken lassen. Diese Gründe dürften aber angesichts der großen wirtschaftlichen Bedeutung, die die

Beschaffung regelmäßiger Winterarbeit für das steuer- zahlende Malergewerbe hat, nicht von durchschlagender Be- deutung sein. Außerdem haben wohl alle solchen Betriebe und Anstalten verschiedene Reserveräume, die für die Dauer der Arbeit in den andern Räumen benützt werden könnten. Jedenfalls: Wenn bei den maßgebenden Stellen guter Wille da wäre, würde es leicht gehen, daran kann nicht gezweifelt werden.

Um indessen nicht den Vorwurf herauszufordern, daß hier lediglich einseitige Behauptungen ohne Verbindung stichhaltiger Gründe aufgestellt würden, ist es notwendig, ge- nauer zu prüfen, unter welchen Umständen sowie durch welche Ursachen Schäden an den Anstrichen oder Malereien entstehen werden oder können, und ferner, wie sich Anstriche aller Art gegen die Einflüsse der Witterung überhaupt und besonders der winterlichen Wetterverhältnisse verhalten.

So verschieden nun auch die einzelnen Anstriche und ihre Ausführungsbedingungen sind — eigentlich haben sie nur einen einzigen Feind: das Wasser. Das mag paradox klingen, trifft aber vollkommen zu, und bei genauer Beob- achtung lassen sich alle Zerstörungen an Anstrichen irgend- welcher Art auf diese einzige, allerdings sehr vielgestaltig auftretende Ursache zurückführen — auf Feuchtigkeit, das heißt also Einwirkung von Wasser in irgendeiner Form.

In Gegenden mit vorherrschend trockener Luft halten Anstriche hundert-, ja tausendmal so lange als dort, wo die Luft dauernd Wasser in größerer oder kleinerer Menge ent- hält, wo demgemäß auch alle Gegenstände, die eben an- strichen werden, aus der Luft Wasser anziehen und dadurch — je nach den Umständen, der augenblicklichen Witterung, der Jahreszeit und der Temperatur — selbst mehr oder minder feucht sind. Man staunt über die gute Erhaltung der ägyptischen Malereien, an Fassaden, selbst in unter- irdischen Grabkammern usw., wiewohl manche davon 4000 bis 5000 Jahre erlebt haben mögen: das trockene Klima des Landes löst dieses Rätsel. Man wundert sich, daß die Freskomalerei, die in Italien und andern südlichen Ländern

so gut hält, bei uns trotz solider Ausführung für Arbeiten im Freien versagt. Der hohe Wassergehalt unserer Luft ist die Ursache davon. Gewiß spielt die Temperatur, Wärme oder Kälte, auch eine wichtige Rolle mit, aber letzten Endes ist immer die eigentliche Zerstörungssache in der Feuchtig- keit zu finden. Trockene Wärme und ebenso trockene Kälte schaden keinem fertigen Anstrich; beide aber können in Ver- bindung mit Wasser, sei es in flüssiger, gasförmiger oder fester Form, jedem Anstrich verderblich werden. Es geht hieraus hervor, daß es notwendig ist, bei allen Arbeiten die Feuchtigkeitsverhältnisse zu untersuchen, mit denen man es im gegebenen Falle zu tun haben kann.

Nehmen wir ein Beispiel aus der Praxis an. Da sieht ein Neubau; Maurer und Stuarbeiter, Anstaltler, Ban- schreiner, Schlosser und Glaser — alle sind fertig, der Mau- wartet sozusagen auf den Maler, der überall die letzte Hand anlegen soll. Kann der Maler seine Arbeiten ohne Gefahr machen oder nicht? Diese Frage fordert alsbald die Zie- lung einer zweiten: Ist der Bau, Mauerwerk und Verputz, Stuck usw., genügend ausgetrocknet oder ist er noch zu feucht? So fragt instinktiv jeder Fachmann; denn man weiß, auf feuchtem, nicht trockenem Verputzgrund hält weder Wasser- noch Gelfarbe, weder Tapete noch Lintrusta, ob es nun Sommer ist oder Winter. Wird die Arbeit trotz wässern Grunde gemacht, was auf Drängen der Bauherren oft genug geschieht — das Haus soll doch Zinsen tragen, und zwar möglichst bald — so wird man daran freilich nicht viel Freude erleben. Die Leimfarben oder sonstige Wasserfarben trocknen nicht rein auf, bleiben dunkel und fleckig und sehen infolge Zerstörung des Bindemittels schimmelig an; Salz- peiersteine werden sichtbar; Wasserfarbentöne scheiden ihre Alkali aus; Gelfarben werden von der Grundfeuchtigkeit abgetrieben, schälen oder blättern sich ab; sind im Verputz oder Mauerwerk ätzende Alkalien enthalten, wie zum Bei- spiel auf Zementputz, so löst das Wasser diese auf und wird durch sie zur ätzenden Lauge, die die Gelfarbenfläche bald zerstört. Das geschieht auf nassem Grunde mit zube- läufiger Sicherheit, ob es Sommer oder Winter ist.

(Fortsetzung folgt.)

in einigen Kriegsjahren um geschlechtlichen Nachwuchs mittel erhalt werden. Zu dem auf den Frauen aufzubringende Mehraufwand ist nicht nur von ökonomischen, sondern auch vom sozialen Standpunkt aus ungünstig zu beurteilen. Die prozentuale Vermehrung der weiblichen Bevölkerung ist durch ein deutliches Sinken der Geburtenrate in der letzten, oberen und mittleren Altersklasse zu erklären. Die oberste Klasse des Alters lautet bei allen Völkern: 100-prozentige Anteilnahme des weiblichen Geschlechts von 1915 oder 1916, 1917, 1918, 1919. Umgekehrt dem die Fertilitätsraten beiderlei Geschlechter werden die Zinsreihe vom 2. Januar 1919 ab gegen andere geschlechtliche Zahlungsmittel eingestuft, was dahin und nie, wie bemerkt, selbst geschlechtliche Zahlungsmittel. Es wäre sehr erwünscht, wenn diese Mitteilung auch von den einzelnen Vereinen durch Aushängen in den Arbeitsstätten bekanntgemacht werden könnte.

Die wirtschaftliche Demobilisation. Am Reichswirtschaftsrat tagte unter Vorsitz des Staatssekretärs Freiherrn v. Stein die Kommission für Demobilisation der Arbeiterklasse, um den Verkehr über die Tätigkeit ihres Arbeitsstandes entgegenzunehmen. Der Staatssekretär führte aus: Sollte es zur Demobilisation kommen, so würden schnellentscheidende Maßnahmen und ihre rasche Umsetzung in die Tat erforderlich sein. Bei der Durchführung der durch die Demobilisation erwachsenden Aufgaben müßte jeder an seinem Ort mitarbeiten. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Gewerkschaften und auch der Einzelne müßten ihr ganzes Wirken auf die Lösung dieser Aufgabe unter Voranstellung der allgemeinen Gesichtspunkte einstellen.

Unterstaatssekretär Dr. Müller erstattete sodann Bericht über die bisherige Tätigkeit des Arbeitsausschusses. Er erklärte, daß der Arbeitsausschuß in zahlreichen Besprechungen mit den wichtigsten Industrie- und Gewerbevereinen zusammengekommen habe und diese Besprechungen fortsetze. Als wichtigste Ergebnisse teilte er mit, daß die großen Arbeitgeberorganisationen ihre frühere Erklärung wiederholt haben, wonach sie es für ihre Ehrenpflicht betrachten, ihre ehemaligen Angestellten und Arbeiter nach der Entlassung aus dem Heeresdienste, soweit es die Verhältnisse erlauben, in ihrer Heimat wieder in ihre Betriebe aufzunehmen. Die Arbeitgeber haben diese Verpflichtung schon jetzt in großem Umfange ihren im Felde stehenden früheren Betriebsangehörigen mitteilt und wollen weiterhin alles tun, um die durch die Kriegswirtschaft etwa abgerissenen beruflichen Beziehungen wieder aufzunehmen. In letzterem Ziele können die Arbeitnehmer selbst viel beitragen, indem sie vor allem auf ihre früheren Arbeitgeber hinwirken. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter oder Arbeiterinnen und erwerbsfähige Gewerkschafter ebenfalls eine Anwartschaft auf Beschäftigung haben.

Nach Mitteilung des Unterstaatssekretärs hat der Arbeitsausschuß der Frage der Arbeitsbeschaffung bei seinen bisherigen Arbeiten die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Er hat es sich besonders angelegen sein lassen, auf schnellste Vergebung der zahlreichen rückständigen Reichs-, Staats- und Kommunalanträge, die Militärdenkmäler darstellen, hinzuwirken, und hat Vorkehrungen getroffen, diese Anträge auf eine noch treuere Grundlage zu stellen und für beschleunigte Klärung der hierfür benötigten Mittel zu sorgen. Die Pflicht zur Arbeitsbeschaffung erstreckt sich aber auch auf jeden einzelnen, der in seinem Berufe von sich aus jede greifbare Arbeit sofort so vorzubereiten müßte, daß sie im Augenblick der Demobilisation in Angriff genommen werden könnte; denn nur so sei eine rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Arbeitsgelegenheit möglich, die die Gewähr für eine ordnungsmäßige Durchführung der wirtschaftlichen Demobilisation biete.

Ein Ermächtigungsgesetz für die Übergangswirtschaft. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft gemäß den Beschlüssen des Bundesrats zugegangen. Der Entwurf umfaßt drei Punkte.

§ 1 ermächtigt den Bundesrat, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuwenden, welche sich zur Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig erweisen. Diese Maßnahmen sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Artikel 2 ist vor dem Erlaß grundlegender Anordnungen die Zustimmung eines aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschusses einzuholen, den der Reichstag aus seinen Mitgliedern wählt. § 3 bestimmt, daß das Gesetz außer Kraft tritt, sobald die Übergangswirtschaft als beendet angesehen werden kann. Der Zeitpunkt wird durch kaiserliche Verordnung und Zustimmung des Bundesrats bestimmt.

Die Begründung der Vorlage beginnt mit der wichtigen Feststellung, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands bei Friedensschluß eine alsbaldige Umkehrung der gebundenen Wirtschaft unter Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft in ihren bis zum Kriegsausbruch beschrittenen Bahnen und unter Aufhebung der freien Verfügung aller Erwerbskräfte ausreicht. Damit ist das Verlangen der sozialistischen Arbeiterorganisationen nach sofortiger Aufhebung der Kriegswirtschaft bei Friedensschluß und Wiederherstellung der freien Konkurrenz abgewiesen. Für die Übergangswirtschaft reicht das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 nicht mehr aus, da es nur während der Zeit des Krieges Geltung hat. Weiter umschreibt die Begründung näher das in § 2 festgesetzte Ermächtigungsrecht des Reichstages. Der mitbestimmende Reichstagsausschuß in dem Hilfsdienstauschuss nachgefordert. Der Reichstag wird bei der Annahme des Gesetzes darauf zu achten haben, daß der Bundesrat nicht wieder eine ähnliche unannehmliche Souveränität erhält, wie durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914; er wird daher auf die heftige gesetzliche Kündigung seines Mitbestimmungsrechts besonders bedacht sein müssen.

Eine Katastrophe in der Kartoffelversorgung droht bereits in einigen Monaten, wenn man die Dinge nach dem gegenwärtigen Stande, wie es hochwahrscheinlich zu sein

wird. Der mit der Hand mit Kartoffeln, der jetzt in riesiger Menge nach oben hin schon seit Wochen im ganzen Reich abnimmt, weil die weitere Versorgung einfach in Frage, weil die Bauern jetzt leichtfertig zu den exportierten Kartoffeln, sondern sie können, verkaufen, und im nächsten Frühjahr für die Blüchtlieferung keine Kartoffeln mehr haben werden. Man braucht sich das Treiben in den Dörfern nur einmal eine Fahrt anzusehen. Die Ernter wimmeln täglich auf den Straßen jeden Tag in einem Torbe sind keine Seltenheit, und was an Kartoffeln herausgeschleppt wird, von anderen Dingen ganz abgesehen, ist unheimlich. Dazu kommt, was von den Bauern selbst heimlich in die Stadt gefahren wird in Hotels oder Speisewirtschaften und zu sonstigen Stunden, die gut zahlen. Ab 25 bis 35 für den Zentner ist der jetzt übliche Preis.

Es heißt, daß die Nation unter keinen Umständen genügt, und ebenso sicher ist, daß die Kartoffelernte eine weit größere Versorgung gestattet. Diese zu geringe Versorgung treibt oder zwingt die Bevölkerung, über die gesetzliche Mäße hinaus sich mit Kartoffeln zu versorgen, was und wie sie kann und zu jedem Preise. Die Preisforderung der Bauern wird deshalb auch immer höher, um so entsprechend leichtfertiger auch die Menge der Bauern, zu verkaufen, was sie können, mit dem Ergebnis, daß im nächsten Frühjahr keine Kartoffeln mehr da sein werden. Die Bauern reden sich aus ihrer Ablieferungsspflicht dann, wie schon seit zwei Jahren, damit heraus, die Ernte sei schlecht gewesen, oder es seien zu viele Kartoffeln verdorben.

Was ist nun zu tun? Als Hauptforderung steht voran: Vergrößere die Nation so weit, wie die Ernte irgendwie zuläßt, dann kann niemand sagen, er sei zum Kaufmann gezwungen. Es ist aber sehr gut möglich, die Nation wesentlich zu erhöhen. Das beweisen ja die ungeheuren Mengen, die heimlich oder offen seit vielen Wochen Tag für Tag in ganz Deutschland vom Lande in die Stadt geschafft werden. Es ist nur nötig, diese Mengen der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Den Bauern ist jeder persönliche Verkehr unter allen Umständen zu verbieten. Sie müssen gezwungen werden, die ganze Ernte abzuliefern an die dafür vorgesehene behördliche Stelle, und nicht nur, wie heute, einen viel zu kleinen Teil der Ernte. Da die Bauern dafür den gesetzlichen Höchstpreis bekommen, so können sie sich nicht als geschädigt betrachten. Denn daß sie sich jetzt um ihre Pflichterfüllung möglichst drücken, um statt dessen die größte Menge ihrer Ernte zu Bucherpreisen zu verkaufen, läßt sich nicht verantworten.

Weißt der bisherige Zustand bestehen, so bekommen wir im nächsten Frühjahr unzweifelhaft einen Zusammenbruch der Kartoffelversorgung. Das müßten sich die verantwortlichen Stellen eigentlich selbst sagen und schon längst dem Uebel Einhalt tun müssen. Dieses untätige Zusehen gegenüber einer habgierigen Zuchtlosigkeit ist die Hauptschuld an der Verwilderung unserer Ernährung, die uns vor den Augen geistert hat, in dem wir jetzt unterzugehen drohen.

Kleidung für bedürftige entlassene Krieger. Die Reichsbekleidungsstelle gibt bekannt, daß sie 750 000 Anzüge und 250 000 Mäntel aus getragenen Militärsachen und 500 000 neue Anzüge für bedürftige entlassene Krieger bestimmt hat. Die neuen Anzüge müssen erst angefertigt werden. Als bedürftig wird angesehen, wer keinen brauchbaren Anzug oder Mantel besitzt und so bedürftig ist, daß er selber diese Kleider nicht kaufen kann. 200 000 Anzüge und 50 000 Mäntel werden an die Ärmsten der Entlassenen unentgeltlich abgegeben. Bei den übrigen Kleidungsstücken gewährt das Reich einen Zuschuß von M. 10 oder M. 14 zur Verbilligung. Hierfür hat das Reichsfinanzamt 21 Millionen Mark bewilligt.

Mit der Abgabe der Kleidungsstücke sind die Kommunalverwaltungen beauftragt worden. Die Abgabe erfolgt nur in den Kommunalverbänden, nach denen die Krieger von den Truppenteilen entlassen worden sind. Bei der Antragstellung ist der Militärpaß mitzubringen. Wird das Gesuch genehmigt, so wird den Entlassenen eine Bedürftigkeitsbescheinigung ausgestellt. Nur gegen diese Bescheinigung und einen Zeugnischein der örtlich zuständigen Stelle erhält er die Kleidungsstücke.

Es werden nur solche bedürftige Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine versorgt, die während des Krieges aus allen militärischen Verhältnissen oder nach dem Kriege infolge der Abrüstung entlassen werden. Wer während des Krieges infolge der Abrüstung entlassen wird und dessen Wiedereinziehung zum Heeresdienst nicht ausgeschlossen ist, wird auf diesem Wege nicht versorgt. Die Entlassenen erhalten nur einmal unmittelbar nach der Entlassung einen Anzug oder Mantel. Wer nach einem Kommunalverband entlassen wird, in dem er vor seiner Einberufung nicht gewohnt oder gearbeitet hat, dem wird empfohlen, sich die Bedürftigkeit bei seinem Truppenteil bescheinigen zu lassen.

Außer den Kleidungsstücken, die die Reichsbekleidungsstelle an die Kommunalverbände liefert, werden auch von den Kommunalverbänden selbst Anzüge und Mäntel aufgebracht. Diese müssen ein Drittel der getragenen Männeroberbekleidung, die sie in ihren Abteilungsstellen gesammelt haben, für bedürftige entlassene Krieger zurückerhalten und dürfen sie nur an solche abgeben.

So umfangreich diese Hilfeleistung auf den ersten Blick erscheint, wird sie doch nicht genügen. Es ist auch der Begriff der Bedürftigkeit viel zu eng gefaßt.

Vom Ausland.

Friedensanruf der dänischen Gewerkschaften. Die Vertreter der dänischen Gewerkschaften, die in Kopenhagen eine Konferenz abhielten, beschloßen die Veröffentlichung folgenden Friedensanrufes: Die Zusammenkunft der sachlichen Vertreter der dänischen Arbeiterschaft, abgehalten am 28. und 29. Oktober 1918, begrüßt mit Befriedigung die neuen Versuche, die dieser Tage von neutraler Seite und mit besonderem Ansehen seitens der organisierten Arbeiter in Frankreich und Deutschland gemacht wurden, um die Arbeiterschaft zu einer internationalen Aktion für den Frieden zu vereinen. Die

Zusammenkunft findet es indessen nicht zweckmäßig, die Einsetzung von Zeit und Ort für den kommenden Weltfriedenskongress abzuwarten. Als die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft zur Erörterung ihrer allgemeinen Interessen beim Friedensschluß zusammentreten, muß es vielmehr die Aufgabe der Arbeiterschaft sein, den Friedensschluß zu beschleunigen und diesen nach Linien gesamt zu erhalten, die überall den Imperialismus stützen und einen dauernden Frieden zwischen den Weltvölkern ermöglichen und garantieren. Die Zusammenkunft appelliert daher an die organisierten Arbeiter aller Länder und fordert sie auf, schnellstens einander die Hand zu reichen, um sich zu sammeln zum Kampfe gegen das sorglose Morden und gegen den Weltkrieg, der jetzt über vier Jahre gedauert und in dieser Zeit Sorge und Elend in Millionen von Familien der ganzen Welt gebracht hat und die europäische Kultur zu vernichten droht. Die Zusammenkunft wendet sich besonders an die sachliche Internationale mit der Aufforderung, baldmöglichst zusammenzutreten zu Vorbereitungen, die notwendig sind zur Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft bei dem kommenden Friedensschluß. Die dänische Arbeiterschaft appelliert daher an die organisierten Arbeiter der ganzen Welt, sich an die alte Forderung anzuschließen: Wieder mit dem Krieg! Wieder mit dem Imperialismus! Es lebe die Solidarität unter den Arbeitern! Es lebe der Weltfrieden! Auf zum allgemeinen Kampf für die Durchführung des Sozialismus!

Fachtechnisches.

Der Unterricht für Dekorationsmaler und Zeichner in der Tagesklasse an der 2. Städtischen Handwerker-Schule zu Berlin hat am 1. November dieses Jahres begonnen und endet am 28. Februar 1919. Es wird den Lehrlingen und Gehilfen unseres Gewerbes Gelegenheit geboten, unter Anleitung tüchtiger Lehrkräfte sich beruflich in allen Zweigen der Dekorationsmalerei auszubilden und zu vervollkommen. Eine rege Beteiligung der Gehilfen, die es ermöglichen können, ist sehr erwünscht. Anmeldungen finden täglich statt im Bureau der Schule, Berlin O, Andreasstraße 1/2.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W 85, Potsdamer Straße 121, h.) haben soeben das 25. Heft ihres 24. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Das Ende des liberalen Staates, von Karl Leuthner, Mitglied des österreichischen Reichsrats. — Nation, Staat, Imperium, von Dr. Ludwig Quessel, Mitglied des Reichstags. — Aufbau und Ausbau des Reichsarbeitsamts, von Max Schippel. — Vom Selbstbewußtsein, von Dr. Raphael Sellmann. — Hemmnisse auf dem Weg zur geistigen und wirtschaftlichen Schulung der Frau, von Theodor Thomas, Vorsitzender des Dachdeckerverbandes. — Die Sozialisierungsmaßnahmen der Sowjetregierung, von Edmund Fischer, Mitglied des Reichstags. — Die Sonnenstrahlung, von Dr. Bruno Vorhard. — Welt und Geld, von Dr. Conrad Schmidt. — Friedensbücher, von Dr. Max Hochdorf. — Die Zukunft der deutschen Schafhaltung, von Konrad Adelman. — Die Toten: Sar Peladan, Peter Panfen, Max Dauthenden, Eduard v. Kerserling und andere mehr.

Der Preis des Heftes beträgt 90 Pf., der eines Vierteljahrsabonnements M. 5.40. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, durch jede Postanstalt sowie direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W 85. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Sterbetafel.

Breslau, Am 19. Oktober starb infolge Unfalles unser langjähriges Mitglied Alois Förgler im Alter von 71 Jahren. — Am 22. Oktober starb unser treues Mitglied August Willich im Alter von 42 Jahren. — Köln, Am 16. Oktober starb der Kollege Peter Wolff im Alter von 55 Jahren. — Düsseldorf, Am 18. Oktober starb der Kollege Josef Langkamp im Alter von 51 Jahren. — Frankfurt a. M., Am 26. Oktober starb unser Mitglied, der Kollege Andreas Gahn, von Offenbach a. M., im Alter von 49 Jahren. — Gotha, Am 26. Oktober starb der Kollege Ado Lorenz im Alter von 29 Jahren. — Kiel, Am 24. Oktober starb unser Mitglied Otto Frahm im Alter von 20 Jahren. — Schneidemühl, Am 21. Oktober starb der Kollege Georg Behne, geb. am 2. Oktober 1867 in Bad Köstritz. **Chre ihrem Andenken!**

Vereinstell.

Bericht der Hauptkasse vom 28. Oktbr. bis 2. Novbr.
Eingekandt haben: Cöln M. 600, Vera 50.
Sämtliche Geldsendungen sind auf unser Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes der Maler Nr. 11598 Postcheckamt Hamburg eingezahlt.

Die Woche vom 10. bis 16. November ist die 16. Beitragswoche.
S. Wentker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 43 des „Correspondenzblattes“ bei.